

LANDKREIS RHÖN-GRABFELD

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR JUGENDHILFE UND SOZIALE ANGELEGENHEITEN

Sitzungsdatum: Montag, 14.11.2022
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:55 Uhr
Ort: Kloster Wechterswinkel

ANWESENHEITSLISTE

LANDRAT

Habermann, Thomas

GEWÄHLTER STELLVERTRETER DES LANDRATS

Demar, Josef ab 17:34 Uhr

WEITERE STELLVERTRETER DES LANDRATS

Böhm, Eva bis 17:42 Uhr

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Back, Karola
Demar, Juliane bis 17:22 Uhr
Helmerich, Frank bis 17:50 Uhr
Klum, Helmut, Dr. bis 18:42 Uhr
Seifert, Irmgard bis 18:42 Uhr

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

Bergmann, Stefan
Bruckmüller, Thomas
Hartmann, Helmtrud
Ochs, Angelika
Schmitt, Daniela

BERATENDE MITGLIEDER

Baumeister, Ralf
Deublein, Karl-Heinz
Freund, Marcel
Helm, Eberhard
Sauer, Ilona
Stockheimer-Fries, Helga
Till, Markus
Wurth, Stefan

STELLVERTRETER

Memmel, Stefanie Vertretung für Herrn Woweries
Studrucker, Christina Vertretung für Frau Karlein,
bis 18:11 Uhr

1. STELLVERTRETER

van Eckert, René Vertretung für Frau Elke Bassil,
bis 18:06 Uhr

LEITUNG SITZUNGSDIENST

Räth, Andreas

SCHRIFTFÜHRERIN

Nagel, Hanna

VERWALTUNG

Endres, Manfred
Geier, Jörg, Dr.
Helfrich, Stefan
Kalla, Manuel
May, Simone
Reinhart, Michael

WEITERE ANWESENDE

Frau Alexandra Katzenberger

Erziehungsleitung der gfi – Schweinfurt (Gast)

Abwesende und entschuldigte Personen:

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Bassil, Elke	entschuldigt
Doser, Daniel	entschuldigt
Seufert, Anja	entschuldigt

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

Karlein, Nadine	entschuldigt
-----------------	--------------

BERATENDE MITGLIEDER

Goy, Elisabeth	entschuldigt
Hofmann, Kathrin	entschuldigt
Krebs, Johannes	entschuldigt
Woweries, Helmut	entschuldigt

STELLVERTRETER

Lörzel, Heike	entschuldigt, Vertretung für Frau Elisabeth Goy
---------------	---

VERWALTUNG

Marschall, Jürgen	entschuldigt
-------------------	--------------

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Jugendsozialarbeit an der Edmund-Grom-Schule Hohenroth – Bedarfsfeststellung
Vorlage: 2.2/015/2022
2. Politische Beteiligung der Jugend im Landkreis Rhön-Grabfeld
Vorlage: 2.2/016/2022
3. Heilpädagogische Tagesstätte Salz und Jugendstation Neuscht werden Jugendpädagogische
Tagesstätte Salz
Vorlage: 2.2/017/2022
4. Bericht über das Vernetzungs- und Kooperationstreffen „Familie“ am 31.05.2022
Vorlage: 2.2/018/2022
5. Open Space zum Thema Familie
Vorlage: 2.2/019/2022
6. Verschiedenes öffentlicher Teil

Landrat Thomas Habermann eröffnet um 16:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Jugendsozialarbeit an der Edmund-Grom-Schule Hohenroth – Bedarfsfeststellung

SACHVERHALT

Landrat Habermann übergibt das Wort an Frau Stockheimer-Fries, die nachfolgenden Sachverhalt näher erläutert: Im November 2017 bestätigte der Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten für die Mittelschule der Edmund-Grom-Schule Hohenroth den Bedarf an Jugendsozialarbeit an der Schule (JaS) im Umfang einer Vollzeitstelle.

Die Schulleitung beantragt nun die Erweiterung der JaS-Stelle auch auf den Grundschulbereich. Sie führt dazu u.a. folgendes aus:

Die Edmund-Grom-Schule in Hohenroth ist eine Grund- und Mittelschule, an der derzeit 270 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, davon 165 in der Grundschulstufe, verteilt auf 8 Klassen. Im September 2012 wurde der Mittelschule das Schulprofil „Inklusion“ verliehen, im Schuljahr 2015/16 wurde unsere Grundschule „Inklusionsschule“.

Zurzeit besuchen 40 Schülerinnen und Schüler die Schule, denen sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wurde, hinzu kommen noch viele Schüler*innen mit individuellem Förderbedarf.

Im schulischen Alltag häufen sich zunehmend Situationen, die dringend präventive Arbeit und Interventionen im Akutfall durch einen Sozialpädagogen benötigen. Aggressionen und Gewalt gegen sich selbst und gegen andere, Mobbing sowie gehäuft psychiatrisch auffällige Verhaltensweisen stellen den Erfolg unserer Kernaufgabegabe als Schule täglich in Frage.

Da die Ursachen für die auffälligen Verhaltensweisen häufig einen familiären Hintergrund haben, wäre es außerdem wichtig, dass eine „schulneutrale“ Person wie z.B. eine JaS-Kraft einen engen Kontakt zum Elternhaus pflegt und so Probleme in diesem Bereich angegangen werden können.

Die Themenschwerpunkte sieht die Schule derart gelagert:

- Aggressives und respektloses Verhalten gegenüber Mitschülern/Lehrern
- Arbeitsverweigerung im Unterricht/Störung des Unterrichts
- Mobbing
- Suchtverhalten bezüglich Smartphone und anderer digitaler Medien

Die Inklusionskraft der Schule benennt folgende ihr bekannte „Fallzahlen“:

Schulangst (6)

Verlustängste (5)

Weint häufig (3)

Angst vor Corona (5)

Schulunlust (4)

Verweigerungsverhalten (3)

Aggressive Verhaltensmuster (2)

Zerstörungswut (2)

Schmeißt sich auf den Boden (1)

Rennt aus dem Klassenraum (2)

Kommt nach Streitereien nicht allein aus dem Klassenraum zurück (2)

Respektloses Verhalten gegenüber Erwachsenen (2)

Die Bedarfsfeststellung hat ferner ergeben, dass sich in allen Klassen Schüler mit einem Migrationshintergrund befinden, eine Klasse mit 18 Schülern hat bspw. 11 Kinder mit Migrationshintergrund. Viele Kinder mit Migrationshintergrund sprechen ebenso wie ihre Eltern nur unzureichend Deutsch, was gleichzeitig beinhaltet, dass diese Eltern ihre Kinder in schulischen Angelegenheiten nur unzureichend unterstützen/fördern können. Viele Familien sind zudem sozial nicht integriert.

Seit September 2022 gibt es an der Schule einen Kinderhort, in dem Grundschulkindern bis 17.00 Uhr betreut werden können. Die Genehmigung ist vorläufig für 75 Kinder erteilt, der Hort wird betrieben in Trägerschaft der gfi Schweinfurt. Auch hier werden sich Betätigungsfelder für die JaS ergeben.

Die Verwaltung des Jugendamtes sieht den Bedarf an Jugendsozialarbeit an der Grundschule grundsätzlich für gegeben an.

Auch der Bedarf in der Mittelschulstufe an Jugendsozialarbeit ist weiterhin gegeben. Das Amt für Jugend und Familie wie auch die Schulleitung gehen zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass die Jugendsozialarbeit an der Schule mit einer Vollzeitstelle für Grund- und Mittelstufenbereich ausreichend sein kann und eine Personalmehrung nicht nötig ist. Aus der bisherigen Arbeit der Jugendsozialarbeiter ergaben sich Rückmeldungen, dass es Überschneidungen in der Arbeit mit Kindern und Familien in Grund- und Mittelstufe gibt. Verschiedentlich sind mehrere problematische Kinder einer Familie an der Schule. Daneben wurde auch bisher schon der Übergang von der Grund- in die Mittelschulstufe begleitet. Von der Mittelschule wird ferner zurückgemeldet, dass viele im sozialen Bereich auffällige Kinder, erste negative Verhaltensweisen bereits im Grundschulalter zeigen. Daher ist es aus sozialpädagogischer Sicht wichtig, möglichst frühzeitig einen Zugang zu den Kindern und deren Familien zu finden und so bald wie möglich Auffälligkeiten entgegenzusteuern.

Die Lehrkräfte empfinden, dass der Unterricht aufgrund individueller Besonderheiten und auffälliger Verhaltensweisen der Kinder schwieriger und herausfordernder wird, sie wünschen sich sozialpädagogische Unterstützung in Akutsituationen, u.a. auch im Kontakt mit den Eltern. JaS könnte nach Auffassung der Lehrkräfte durch Projektangebote einen erheblichen Beitrag bei Kindern zur Förderung ihrer sozial-emotionalen Kompetenz leisten.

Durch die geänderte Förderrichtlinie kann nun auch für den Grundschulbereich die staatliche Förderung in Anspruch genommen werden, sodass die Förderung der Stelle weiter gewährleistet ist.

Die JaS-Stelle an der Mittelschule konnte zum 01.05.2018 besetzt werden, die Mitarbeiterin erhielt im März 2020 Beschäftigungsverbot. Erst zum 01.09.2021 konnte die Stelle nachbesetzt werden, nach zwei Monaten erhielt auch diese Mitarbeiterin Beschäftigungsverbot, seitdem ist die Stelle erneut verwaist, Besetzungsversuche schlugen bisher fehl, die Stelle wird erneut ausgeschrieben.

Landrat Habermann fasst zusammen, dass eine Tendenz erkennbar sei, dass Bedarf aus vielfältigen Gründen nun auch in den ersten Jahrgängen der Schule bestehe. Er unterstützt deshalb den Antrag des Jugendamtes.

BESCHLUSS

Der Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten bestätigt den Bedarf an Jugendsozialarbeit an der Edmund-Grom-Schule Hohenroth für Grund- und Mittelschule im Umfang von 1 Vollzeitstelle.

Die Verwaltung wird beauftragt, die staatliche Förderung in Anspruch zu nehmen.

Die Verwaltung wird ermächtigt die Konzeption und die Kooperationsvereinbarung mit Schule und Schulverband anzupassen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

2 Politische Beteiligung der Jugend im Landkreis Rhön-Grabfeld

MITTEILUNG

Landrat Habermann informiert: Mit Schreiben vom 20.04.2022 beantragte die FDP-Kreistagsfraktion, einen Schülerkreistag im Landkreis Rhön-Grabfeld einzurichten (siehe AnlageTOP2_3).

Bereits in der Fraktions- und Gruppensprechersitzung am 09.05.2022 wurde über den Antrag diskutiert, die Kreistagsfraktionen wurden gebeten sich Gedanken über den Antrag zu machen und ggf. Vorschläge bzw. Ideen zu diesem Thema zu erarbeiten und einzubringen. Die Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion ist ebenfalls als AnlageTOP2_4 beigefügt.

In bereits bestehenden Konstrukten ähnlicher Art in anderen Landkreisen wird diese Thematik von der Kreisjugendpflege bearbeitet und betreut. Da die Kreisjugendpflege im Landkreis Rhön-Grabfeld beim

Kreisjugendring angesiedelt ist, wurde der Kreisjugendring (KJR) darum gebeten ein Konzept für eine Form der politischen Beteiligung junger Menschen im Landkreis zu entwerfen.

Landrat Habermann sagt, er legt Wert darauf, dass auch Jugendliche an das Thema „politische Beteiligung“ in politischen Gremien in der eigenen Gemeinde herangeführt werden. Dies unterstützt ebenfalls das Gremium. Es stellt sich lediglich die Fragen, wie die politische Beteiligung der Jugend im Landkreis Rhön-Grabfeld gestaltet, umgesetzt und wo begonnen werde. Er erteilt Frau Voll das Wort.

Frau Voll, Geschäftsführerin des Kreisjugendringes und zuständig für die kommunale Jugendpflege, stellt die Ideen des KJR vor. Die Präsentation von Frau Voll ist ebenfalls als AnlageTOP2_1 diesem Tagesordnungspunkt beigelegt.

Der Vortrag dient im Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten lediglich zur Information, die abschließende Entscheidung wird dann in einer der folgenden Kreistagssitzungen getroffen.

Landrat Habermann dankt Frau Voll für ihre viele Arbeit und ihre Umsetzungsenergie bei diesem Thema. Er sei der Meinung, dass die Jugendlichen und Kinder das Rüstzeug für ihr Leben zu allererst in der Familie und dann im sozialen Umfeld, z.B. den Gemeinden, lernen. Der Sprung zu Beginn der politischen Beteiligung auf die Landkreisebene stelle für ihn eine Schwächung der Bedeutung von Gemeinden dar, denn dort gelte es, sich in die soziale Gemeinschaft einzufügen. Das staatliche Leben beginne für ihn in den Gemeinden. Dies habe ebenso Frau Voll gut herausgearbeitet. Landrat Habermann schlägt eine Umfrage vor, wie viele Jugendliche bereits in ihren Gemeinden aktiv seien. Aus diesem Grund sei er dafür, diesen Antrag dahin auszulegen, nachzuforschen, ob die Jugendlichen sich auch überörtlich politisch interessieren. Der Kreistag kann damit allerdings nicht die Gemeinden beauftragen, sondern nur eine Anregung liefern. Er sagt, jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin werde aus Eigeninteresse dazu anregen, die Jugendlichen zu motivieren, Interesse an dem politischen Geschehen in deren Gemeinden zu zeigen und aktiv werden. Er regt an, diesen Tagesordnungspunkt auch in die Bürgermeisterdienstbesprechung mitaufzunehmen und die Gemeinden zu sensibilisieren. Auch Bedenken, wie z.B. wie kommen die Jugendlichen zu einer Sitzung usw. sehe er nicht und dies sei für ihn kein Hindernis an der Beteiligung.

KR van Eckert teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich für den Vortrag bedankt und bei der FDP für die Stellung des Antrages. Er vertritt die Ansicht, dass Demokratie nicht früh genug anfangen könne. Er kritisiert deshalb das Fehlen der Stellungnahme der SPD und des FDP-Antrages in den Vorbereitungsunterlagen zur heutigen Sitzung. Ihn interessiert aus diesem Grund, ob die Unterlagen an den Kreisjugendring weitergeleitet worden seien. Des Weiteren erkundigt er sich nach einer Vorstellung des Jugendkreistages von Würzburg, die in einer Fraktions- und Gruppensprechersitzung angefragt worden sei. Seine Fraktion und er unterstützt den Jugendkreistag. Eine Umsetzung auf Gemeindeebene schließe für ihn nicht aus, im Jugendkreistag selbst aktiv zu werden und er bittet darum, dies losgelöst zu betrachten. Dies sei auch im Beispiel Würzburg der Fall. KR van Eckert erwähnt, dass das Wahlalter bei der Europawahl von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt worden sei, folglich müssen die Jugendlichen noch mehr an das Thema Politik herangeführt werden. Er schlägt eine Verschiebung der Entscheidung vom 12.12.2022 auf die Haushaltssitzung im Jahr 2023 vor, um den Fraktionen länger Zeit zu geben, sich mit der Vorstellung des Kreisjugendringes auseinander zu setzen und da die Vorbereitungsunterlagen bis einen Tag vor der heutigen Sitzung nicht vollständig einsehbar gewesen seien.

Landrat Habermann teilt mit, dass die Diskussion zu diesem Thema zeigen werde, ob das „Würzburger Modell“ vorgestellt werde oder nicht.

Herr Rätth ergänzt, dass Frau Voll auf Grundlage des Antrages der FDP und der Stellungnahme der SPD dieses Konzept erarbeitet habe. Die Unterlagen hierzu waren für alle Mitglieder bereits früher im Ratsinformationssystem eingestellt, speziell unter diesem Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses allerdings nicht. Diese liegen deshalb allen Fraktionen bereits vor.

KR van Eckert bringt den Einwand, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses darauf allerdings keinen Zugriff haben, sondern nur die Kreistagsmitglieder.

Landrat Habermann bedankt sich für diesen Hinweis und bittet die Verwaltung darum, die Unterlagen zeitgleich vor der Sitzung ebenso für die Beratenden und Stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung zu stellen.

KRin Demar verlässt die Sitzung um 17:22 Uhr.

KR Bruckmüller berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen mit den Jugendlichen in seinem Gemeinderat. Bei Themen, die die Jugendlichen betreffen, wie beispielsweise Jugendraumgestaltung im Ort, sei ein großes

Interesse erkennbar und dieses schwächt sich im Laufe der Zeit meist ab. Er sehe es deshalb als schwierig an, die Beteiligung der Jugendlichen auf Kreisebene aufzuziehen, da er es als ein sehr komplexes Thema sehe. Er kritisiert die Konzentration des Antrages der FDP auf die Schülermitverantwortung (SMV). Dies sei für ihn zu kurz gedacht, denn bis in der SMV eine Vernetzung stattfinde, würde zu viel Zeit vergehen. Eine Einbindung der SMV sehe er trotzdem als wichtig an, dennoch sollten sie nicht die Hauptakteure darstellen. Er schlägt die Einbeziehung der Allianzen mit Gremienbildung vor, um wenigstens Jugendliche in ein paar Gemeinden zu gewinnen.

Landrat Habermann betont, dass er es als seine Aufgabe sehe, Jugendliche aktiv für das politische Geschehen zu interessieren und darüber zu informieren, dass das Leben nicht nur aus Projekten bestehe, sondern dass es als eine soziale Verantwortung über eine längere Zeit hinweg zu sehen sei. Für ihn sei hierbei ein aktives Mittun der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Bedeutung und als „Jugendarbeit“ im weitesten Sinne zu betrachten. Bei Erfolg könne eine Ausdehnung auf die Allianzen erfolgen. Er sagt, dass die Gemeinde Wollbach hier vorbildlich agiere.

KR Bruckmüller berichtet von Einladungen in Grundschulen zum Lehrstoffthema „Gemeinde“, um eine Gemeinderatssitzung mit den Schülerinnen und Schülern abzuhalten.

Landrat Habermann gibt diese gute Idee an das Schulamt, Herrn Deublein, weiter und bittet um Verbreitung an alle Schulen.

KR Dr. Klum befürwortet eine frühe Alterssensibilisierung bei der politischen Beteiligung. Er schlägt beispielsweise vor, „Fridays for Future“ einzuladen und die Jugendlichen institutionell mitarbeiten zu lassen. Über die Art und Weise müsse man sich noch Gedanken machen.

Herr Deublein informiert, dass es in den letzten Jahren üblich gewesen sei, dass entweder Besuche von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Grundschulen oder von Schulklassen in Rathäuser stattgefunden haben. Dies sei ein erster Schritt in jungen Jahren, Demokratie zu erfahren. Oft werden im Vorfeld Fragen von den Klassen vorbereitet. In den weiterführenden Schulen, wie z.B. in der Mittelschule, sei dieses Thema auch im Lehrplan als Fach „Politik“ verankert. Er bestätigt, dass hier allerdings oftmals der regionale Bezug fehlen würde. Lokale Einbringungsmöglichkeiten der Kinder seien begrenzt, da Kinder aus verschiedenen Wohnorten in eine oder unterschiedliche Klassen gehen. Er unterstützt die Idee der Aufnahme der Jugend in der Politik der Gemeinden.

Herr Wurth legt dar, dass er den Aufwand der Organisation der politischen Beteiligung von Jugendlichen auf Gemeindeebene als relativ hoch ansehe. Er zweifelt an, dass das Personal gegebenenfalls nicht ausreichen könne oder für die Jugendlichen die Beteiligungsmöglichkeiten sehr gering seien. Sein Vorschlag sei eine Zielgruppenbefragung vor Ort, beispielsweise auf Spielplätzen usw. Die Besuche von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Schulen halte er für sinnvoll, um das Demokratieverständnis bei den Kindern zu vertiefen. Sein Vorschlag sei hier eine Ausweitung der Besuche auf Vertreter der verschiedenen Parteien, um mitzuteilen, wie eine Einigung bei unterschiedlichen Meinungen erfolgen könne. Herr Wurth regt an, die Sitzungen während den Schulbuszeiten abzuhalten und gegebenenfalls Schulfrei zu gewähren, um den Jugendlichen zu ermöglichen daran teilzunehmen.

Stellvertretender Landrat Herr Demar nimmt an der Sitzung ab 17:34 Uhr teil.

Landrat Habermann widerspricht Herrn Wurth, dass der Aufwand für die Gemeinden zu hoch wäre, wenn dies praktisch und pragmatisch umgesetzt werde. Hier gebe es keine Verfahrensvorschriften, die einzuhalten wären. Er stellt Herrn Wurth die Frage, wie hoch erst der Aufwand für eine politische Beteiligung beim Landkreis liegen würde. Eine Abstimmung zu Projekten werde nicht gewollt, sondern es soll das Interesse für demokratische Institutionen geweckt werden. Dies bedeute, dass eine gewählte Personengruppe in einem gewissen Zeitraum als Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger für alle Interessen in einer Gemeinde arbeiten. Die Parteipolitik spiele keine ausgeprägte Rolle auf kommunaler Ebene.

KR Bruckmüller erwähnt, dass die Partizipation der Jugendlichen im Landkreis Rhön-Grabfeld beim Kreisjugendring liege. Alle im Landkreis tätigen Verbände haben die Möglichkeit, sich daran zu beteiligen, zum Beispiel aus den Bereichen Sport, Musik und Kirche.

Herr Freund erläutert, dass die „Fridays for Future-Bewegung“ seiner Meinung nach kein Interesse daran hat, über den Kreisjugendring mitzuwirken, da sie schnell etwas bewegen möchten. Er hebt hervor, dass der Kreisjugendring ein Schülergremium auf der Stadt- bzw. Gemeindeebene als einfacher betrachtet. Vorgaben an die Städte und Gemeinden können jedoch nicht gegeben werden, sondern Ziel sei es stattdessen, eine Anleitung zu einer möglichen Umsetzung zu liefern. Herr Freund sieht dies als wichtige Aufgabe für die

Gesellschaft, denn beispielsweise könnten die Jugendlichen, die sich jetzt engagieren, auch im Erwachsenenalter weiter für Politik, Sportvereine usw. interessieren und sich auch in der Zukunft weiterhin beteiligen.

KRin Böhm verlässt die Sitzung um 17:42 Uhr.

KR van Eckert wiederholt seinen Vorschlag, über diesen Tagesordnungspunkt nicht in der nächsten Kreistags-Sitzung zu entscheiden, sondern noch einmal in die Fraktionen zu nehmen und erst auf die Tagesordnung der Haushaltssitzung zu setzen.

Landrat Habermann bedankt sich beim Kreisjugendring. Er beschließt eine Nachbesprechung in einer künftigen Fraktions- und Gruppensprechersitzung und eine Aufnahme in die Tagesordnung der Bürgermeisterdienstbesprechung im Frühjahr 2023.

Zur Kenntnis genommen

3 Heilpädagogische Tagesstätte Salz und Jugendstation Neuscht werden Jugendpädagogische Tagesstätte Salz

MITTEILUNG

Frau Stockheimer-Fries informiert: Das Netzwerk für soziale Dienste hielt bisher im Landkreis zwei Einrichtungen für junge Menschen vor, die aufgrund ihrer Verhaltensauffälligkeiten, ihrer Entwicklungsstörungen und/oder psychischen Behinderung Betreuung und Förderung in teilstationärer Form benötigen:

Die Heilpädagogische Tagesstätte (HPT) in Salz betreute bis zu 9 Kinder v.a. im Grundschulalter.

Die Jugendstation Neuscht in Bad Neustadt (JuSt) betreute bis zu 5 Kinder im Alter von 11 bis 16 Jahren.

Wegen eines personellen Engpasses, aber auch teilweiser Unterbelegung aufgrund fehlender Bereitschaft von Eltern zu dieser Hilfeform wurden nach Absprache mit der Heimaufsicht Ende 2021 beide Einrichtungen in einer Projektphase zusammengelegt. Die teilstationäre Einrichtung soll nun in dieser Form als Heilpädagogische Tagesgruppe mit integrierten Plätzen für Jugendliche weitergeführt werden.

Frau Daniela Schmitt, pädagogische Leiterin beim Netzwerk für soziale Dienste, trägt ihre Erfahrungen aus der Vergangenheit von HPT und JuSt und das neue Konzept zur Jugendpädagogischen Tagesstätte (JuPT Salz) vor.

KR Helmerich verlässt die Sitzung um 17:50 Uhr.

Landrat Habermann bedankt sich für den Vortrag von Frau Schmitt. Er teilt mit, dass Ihre Schilderungen zur veränderten Arbeit in den betroffenen Institutionen zum Nachdenken anregen würden und bedrückend seien.

Frau Schmitt betont, dass Ihre Arbeit nur zu bewältigen sei, im Austausch mit allen an der Erziehung Beteiligten, wie z.B. Jugendamt usw.

Zur Kenntnis genommen

4 Bericht über das Vernetzungs- und Kooperationstreffen „Familie“ am 31.05.2022

MITTEILUNG

Das Vernetzungs- und Kooperationstreffen „Familie“ am 31.05.2022 hatte zum Thema: Herausforderungen für Familien: Wie Corona und andere Krisen unseren Alltag beeinflussen.

Eingeladen waren Fachkräfte aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen, die sich um die Belange von jungen Menschen und Familien kümmern. Unter anderem aus den Bereichen Schule, Kindergarten, Polizei, Bildungsträger, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kirchen und Beratungsdienst. Aus allen Arbeitsbereichen wurden ähnliche Erfahrungen berichtet und es wurde deutlich wie groß der Unterstützungsbedarf gerade bei benachteiligten Familien ist.

Herr Till, Leiter der Erziehungsberatungsstelle der Caritas und Leiter des Arbeitskreises Familiennetz berichtet über die Veranstaltung.

Landrat Habermann spricht seinen Dank aus für die Darstellung der Vernetzungs- und Kooperationstreffen sowie für die geleistete Arbeit. Die Ausführungen vom Vortragenden sehe er als bedrückend an. Er fragt sich, ob die derzeitige schrankenlose Gesellschaft, ohne Grundsätze, mit dem heutigen Fortschritt und den Freiheiten, nicht überfordernd sei und ob Beschränkungen vor einem Absturz warnen könnten.

KR van Eckert verlässt die Sitzung um 18:06 Uhr.

Frau Studtrucker verlässt die Sitzung um 18:11 Uhr.

Herr Helm merkt an, den Begriff „Familie“, d.h. Eltern und Kinder, auf ein erweitertes Denkmodell mit Themen, wie Nachbarschaft usw. auszuweiten. Dieser Begriff sei von Herrn Till in seinem Vortrag verwendet worden. Er befürwortet eine hoffnungsvollere Denkweise, da es für ihn wirke, als sei die Situation hoffnungslos.

Landrat Habermann stimmt Herrn Helm zu und ergänzt, dass Familie überall sei.

Herr Till erklärt, den Begriff „Familie“ bewusst mit Möglichkeiten zur Öffnung gewählt zu haben. Familie sei zunächst der Ort, an dem grundlegende Dinge eingeübt werden und an dem eine Verantwortung bestehe, z.B. durch die Erziehungsberechtigten. Es sei allerdings von Bedeutung, den Wandel, der Familie bzw. deren verschiedene Formen ausmacht, mitzunehmen und zu verstehen. Darüber hinaus seien zum Beispiel Nachbarschaftshilfe oder andere Netzwerke noch nötig. Im nächsten Tagesordnungspunkt werde das Thema „Familie“ noch einmal näher besprochen und ein Austausch sei dazu möglich.

Frau Schmitt berichtet davon, dass es bei ihrer Arbeit wichtig sei, den Kindern Halt und Wertevorgaben zu geben, da hier ein Mangel bestehe.

Herr Wurth schildert seine persönlichen Erfahrungen zu Familien. Er habe den Eindruck, dass Familien schon seit längerer Zeit nicht mehr wie Familien von damals seien und Veränderungen erkennbar sei. Für Familien sei es in der heutigen Zeit immer schwieriger, ihre Werte zu vermitteln. Er fühle sich bei diesem Thema hilflos.

Landrat Habermann ergänzt, dass seiner Meinung nach Familien in Auflösung stehen und er hinterfragt, was Familie aktuell noch sei.

Herr Helm sei davon überzeugt, dass der Großteil der Familien noch funktionieren würde. Der andere Teil, der in diesem Gremium angesprochen werde und es beschäftigt, sei geringer. Er sagt, dass es hierfür Lösungsmöglichkeiten gebe.

Landrat Habermann dankt Herrn Helm zwar für die aufmunternden Worte, sei sich aber sicher, dass der Landkreis Rhön-Grabfeld nicht für die Mehrheit in Deutschland repräsentativ sei. Er bittet um Vorschläge, die die Situation verbessern können.

Frau Schmitt wünscht mit den Mitgliedern des Ausschusses zu ermitteln, was der Bedarf im Landkreis Rhön-Grabfeld sei und was getan werde könne. Sie stimmt Herrn Helm zu, dass hier ein Teil der Bevölkerung betroffen sei. Frau Schmitt erläutert, dass sich die Intensität und die Heftigkeit der Störungsbilder verändert habe.

Zur Kenntnis genommen

5 Open Space zum Thema Familie

MITTEILUNG

Herr Till informiert: Es gehört zu den Aufgaben des Jugendhilfeausschusses die Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien zu erörtern sowie Problemlösungen, Konzepte zur Erhaltung/Schaffung positiver Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familien sowie für eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu entwickeln.

Aus der Rückschau auf das Netzwerktreffen Familie heraus und als Grundlage für Problemlösungen und Bedarfsermittlung zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe im Landkreis sollen folgende Fragen mittels Open Space von den Mitgliedern beantwortet werden:

1. Was ist für mich Familie?
2. Wie erlebe ich Familie im Landkreis?
3. Was braucht Familie?

Im Anschluss werden die Ergebnisse vorgestellt und ggf. sich ergebende Arbeitsaufträge diskutiert.

Nach einer kurzen Einweisung von Herrn Till, erfolgt ein Austausch bzw. Openspace über die Problemlage mit den Mitgliedern des Ausschusses von 18:31 Uhr bis 18:46 Uhr. Er hofft dadurch auf Ideen für eine Weiterarbeit.

KRin Seifert und KR Dr. Klum verlassen die Sitzung um 18:42 Uhr.

Herr Reinhart, Frau Schmitt und Herr Till präsentieren die zusammengetragenen Ideen (siehe AnlageTOP5). Herr Till teilt mit, dass geschaut werde, wie und welche Gedanken nun weiterentwickelt werden können.

Zur Kenntnis genommen

6 Verschiedenes öffentlicher Teil

Herr Helm erinnert das Gremium an den heutigen Weltdiabetestag und informiert kurz über die aktuelle Situation zu diesem Thema.

Landrat Habermann dankt Herrn Helm für diesen Hinweis. Die Tendenz, dass immer mehr junge Leute an Diabetes erkranken, steige. Diese Entwicklung bereite ihm Sorgen.

Mit Dankesworten schließt Landrat Thomas Habermann die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten.



Thomas Habermann
Landrat



Hanna Nagel
Schriftführung